

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die Nebengespaltene Nonpareilzeile 40 Pfg. — Ausland 50 Pfg.
Die viergespaltene Kellame-Verzierung 2 Mk. — Für Nachdrucke Sonderpreis
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 6.— Mark,
bei Postversand Mk. 1,75 bezw. Mk. 7.—

Nr. 80

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Reichstag.

(Schluß des Sitzungsberichtes.)

Abg. Pietrzyk weist zur Rechtfertigung der Truppen auf die Gerichte hin, welche schon vor dem 12. März funktionierten. Die Polizei wußte schon vorher, daß während des Streiks, angeblich Kämpfe der Kommunisten mit dem Militär und der Polizei stattfinden sollten. Agitatoren sprachen offen davon, daß am 13. März die Kommunisten die oberschlesische Grenze überschreiten und sich mit den Spartakiden verbinden werden, daß die Volksmiliz sie unterstützen und 1/2 der polnischen Truppen auf ihre Seite übergehen werden. Daher sollte keine Demonstration zugelassen werden. Das Militär wurde provoziert. Der Volkshaufe nannte es: „Staats-Sünde.“ Dessen ungeachtet dürfe das Militär nicht für gendarm-politische Zwecke verwendet werden.

In Dombrowa könne man der Miliz nichts nachsagen, dagegen aber in Bendzin und Grodzisk. Dort habe die Miliz Proklamationen verteilt, welche die Soldaten zum Ungehorsam aufriefen. In der Grube „Paris“ wandte sich die Miliz an das Militär mit der Forderung die Waffen abzugeben. Dann unterwarf sich die Miliz selbst dem Militär, aber die Waffen hatte sie den Arbeitern abgegeben. Was die Pogroms angeht, so habe das Militär keine Schritte unternommen, um sie zu verhindern. Auf die Frage eines Polen, warum sie das tun, hätten die Soldaten geantwortet, sie seien aus Furchen gekommen, wo die Juden während der Kämpfe ihnen siedendes Wasser auf die Köpfe gegossen hätten. Die bolschewistische Agitation verbreite sich zwar stark im Kohlengebiet, doch könne man sich auf die Bajonette stützen. Wir wissen, daß das russische Reich Soldaten hatte, welche erlitten, auf die eigenen Eltern und Brüder zu schießen. Durch Kanonen und Ausnahmestände impfen wir nur den Bolschewismus ein und wir wollen doch, daß unser polnisches Militär geliebt werden soll. Man könne sich aus der Situation nur retten durch Linderung der Arbeitslosigkeit, Beschleunigung der Industriebetriebung der Fabriken, Heranschaffung von Lebensmitteln und vernünftige Wirtschaft. Dann werden die Arbeiter selbst den Agitatoren das Gesicht umdrehen.

Abg. Falkowski erklärt, die schöne Rede des Abg. Daszynski sei ein Mißgriff, denn sie habe den polnischen Soldaten nicht verteidigt. Diese Rede könne der polnischen Sache mehr schaden, als das Betragen der Truppen in Dombrowa. Daszynski übertriebe die Tatsachen. Der erste Fall des Todes eines Arbeiters bei einer Manifestation sei zur Zeit der Morawgawischen Regierung vorgekommen, als die rote Garde entlassen wurde. Redner fragt, werden polnischen Arbeiter dazu bevollmächtigt, Direktoren in die Schächte zu werfen? Die Zahl der bolschewistischen Agitatoren in Dombrowabassin betrage nach den Worten des Herrn Arciszewski etwa 40. Sie wollen den ganzen Bezirk beherrschen, denn sie wissen, daß sie, wenn die Kohle in ihre Hände fällt, im ganzen Lande Anarchie hervorrufen können. Die Bolschewisten haben Waffen, haben Maschinengewehre und veranstalten des Nachts Kerkungen. Sie agitierten im Heere. Die Soldaten erhalten dort täglich 500 bis 1000 Broschüren. Die polnischen Soldaten vollführen dort ein Verbrechen, daß darin besteht, daß sie die Jüden, die diese Papiere verbreiten, dazu zwingen, sie aufzuheben. Kommandant Rykalski habe keine Möglichkeit gehabt, den Ausnahmezustand zu verkünden, da alles zu schnell kam, und es war ein Unglück, daß gerade das 10. Regiment dort war, das in Lemberg von Juden mit siedendem Wasser begossen wurde. Was die Volksmiliz anbelangt, so habe ihr Kommandant in Sosnowice selbst gesagt, daß sie nicht viel tue. Nach Ansicht des Redners wolle die P. P. S. aus ihr eine Art Gendarmerie machen. Interessant sei die Verfügung des gew. Ministers Thugut, welcher die Miliz zur Verfügung der Kommissare stellte, aber in einer besonderen geheimen Verfügung befahl, nur einigen Kommissaren zu gehorchen, aber nicht allen. Charakteristisch für die Miliz ist es, daß ihr Kommandant Karankiewicz sagte: „Wenn mich das Militär entwaffnen soll, so möge es bedenken, daß hinter mir 16 000 Arbeiter stehen!“ Es kam vor, daß die Miliz eigenmächtig das Militär entwaffnen wollte und daß sie an Arbeiter Waffen verteilte. An die Arbeiterfrage müsse

man aber mit dem Herzen herantreten, während die Linken dem Arbeiter nur Doktrinen geben.

Der Minister des Innern Wojciechowski bemerkt in der Einleitung, daß die jetzt berührten schmerzhaften Angelegenheiten eine ruhige Behandlung besonders seitens der Regierung erfordern. Der Minister hebt hervor, daß die Volksmiliz ein staatliches Organ sei, das dem Ministerium unterstehe und sie auf keine Weise als ein Parteiorgan angesehen werden dürfe. Die Miliz sei auf Grund eines Dekrets entstanden, das auch dem Reichstag vorgelegt wurde. Der Minister sei vor dem Reichstag für dieses Organ der öffentlichen Sicherheit verantwortlich, ähnlich wie der Minister für Heeresangelegenheiten für die ihm unterstehenden Organe der Feldgendarmerie. Wenn die Zentralregierung parteiisch sein wollte, würde sich ein Zustand ausbilden, der nicht zu ertragen wäre. Die beiden Minister geben sich ausgezeichnet Rechenschaft über die Mängel ab, die der Miliz wie die Gendarmerie anhaften. Aber unser Unglück sei nicht, daß es eine Miliz und eine Gendarmerie gibt, sondern daß jeder ein anderes Polen im Sinne habe; daher die verschiedenen bösen Einfälsungen und die verschiedenen Strömungen. Die einen befürchten die Rückkehr des Zustandes der Fremdherrschaft, die anderen eine Sowjetrepublik. Als beispielsweise in den Zeitungen ein Artikel erschien, daß die Miliz unzuverlässig sei, forderten viele deren Abschaffung. Die Volksmiliz ist zunächst zu dem Zweck entstanden, um alle eigenmächtig entstandenen Kampforganisationen zu beseitigen. Es ist dies ihr großer Verdienst, daß auf diese Weise alle geheimen Organisationen in einer öffentlichen und sichtbaren Organisation zusammengefaßt wurden und der Kontrolle der Regierung unterliegen. Diese positive Arbeit eines Apparats, der auf der Höhe seiner Aufgabe steht, geht weiter, doch es wird von unbefähigten Elementen nicht nur die Volksmiliz und die Feldgendarmerie, sondern auch die kommende Polizei, von der hier nicht die Rede war, gefährdet. Man muß daran denken, daß diese Organe in nicht ganz zwei Monaten über 20 000 Leute in sich aufgenommen haben. Es ist also klar, daß dort viel unerwünschtes Material war. Aus der Miliz allein sind im Zeitraum von 6 Wochen über 1600 Leute entfernt worden.

Es ist hier davon gesprochen worden, daß die Miliz sofort aufzulösen sei. Das selbe wurde auch über die Gendarmerie gesagt. Aber diejenigen, die so sprechen, geben sich keine Rechenschaft darüber ab, was für Folgen hieraus entstehen würden. Was die Lage im Kohlenbecken betrifft, so stellt Redner fest, daß sie sehr kompliziert war. Man wollte den Ausnahmezustand vermeiden. Der Minister wolle Milde walten lassen, deswegen ihm oft Vorwürfe gemacht werden. Das bedeutet jedoch nicht, daß er Elementen die Freiheit lasse, die an den Grundmauern des Staates rütteln. Im Kohlenbecken wurden zwei Personen verhaftet, weil sie einen Ingenieur in den Schacht geworfen hatten. Ungeachtet dessen entstand das Gerücht von der Verhaftung einer Menge von Personen. Ebenfalls übertrieben ist die Furcht vor dem Bolschewismus. Redner glaubt an die moralische Gefährlichkeit des polnischen Volkes und daran, daß Polen und Rußland zwei verschiedene Welten sind. Gefahr besteht hauptsächlich aus dem Grunde, daß Mangel an Arbeit und die Feuerung rückwärts von kommunistischen Agitatoren für politische Zwecke ausgenutzt werden.

Das Verhalten der Gendarmerie im Kohlenbecken wird eine Kommission untersuchen, die dorthin abgereist ist. Was das Vorgehen des Militärs anbelangt, so ist der Entschluß, den Ausnahmezustand in Dombrowa einzuführen, so spät gefaßt worden, daß man die Bevölkerung nicht mehr benachrichtigen und den Truppen keine Verhandlungsmaßregeln geben konnte. Daher die Schießerei, als sich die Menge mit dem Militär vermischte. Redner erhielt die Mitteilung, daß die Miliz am 15. März entwaffnet werden sollte. Diese Nachricht gelangte in die Presse und zwang den Minister zu der Erklärung, daß von einer ähnlichen Anordnung keine Rede sein könne. Der Minister versichert, daß die Regierung die Vorfälle im Dombrowaer Gebiet mit dem gebührenden Ernst, Unparteilichkeit und Strenge behandeln werde, sie müsse aber auf Mitteilungen warten.

Abg. Baginski schlägt die Annahme einer Resolution vor, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Militär den Erlaß administrativer Verordnungen unverzüglich streng zu verbieten, das Militär nicht zu Polizeidiensten heranzuziehen, eine strenge Untersuchung in der Angelegenheit der Unruhen im Kohlenbecken einzuleiten, die Schuldigen zu bestrafen und dem Reichstag binnen 10 Tagen Bericht zu erstatten.

Nachdem noch zwei Abgeordnete das Wort ergriffen hatten, wird die Aussprache geschlossen. Abg. Purzak tritt in längerer Rede gegen den Antrag ein. Abg. Wróblewski spricht für dessen Annahme und beantragt, der Reichstag möge die Erklärung der Regierung zur Kenntnis nehmen und zur Tagesordnung übergehen.

Das Haus nimmt diesen Antrag an. Abg. Arciszewski ergreift das Wort zu einer Berichtigung, in dem er erklärt, daß die Gendarmerie den Leuten, die sich bei der Kommission meldeten, Schwierigkeiten bereite. (Protestrufe rechts: Die Abstimmung hat bereits stattgefunden. Die Sache ist erledigt. Hier ist kein Meeting. Das sind Obstruktionsreden.)

Abg. Grabski und Abg. Korfanty bitten in formeller Sache ums Wort. (Zurufe rechts: Das sind Spielereien, ist Verhöhnung des Reichstags.)

Der Vizepräsident Osiecki teilt mit, daß er die Sitzung schließen müsse.

Abg. Korfanty weist darauf hin, daß er bereits zweimal ums Wort gebeten habe. (Der Vizepräsident erteilt ihm das Wort: Das Haus beruhigt sich.) Der Abgeordnete: Ich wende mich mit der höchsten Bitte an den Reichstag, daß unsere Verhandlungen nicht in Meetings oder dergl. verwandelt werden (Ungeheurer Lärm links. Die Abgeordnete schlagen auf die Pultdeckel. Zurufe rechts: Österreichische Gewohnheiten. Links: Narrenheiten! Das ist keine formelle Angelegenheit!)

Abg. Daszynski: Die Belehrung des Reichstags ist nicht Ihre Sache. (Zurufe links: Herunter von der Tribüne! Provokator!)

Der Vizepräsident schließt die Sitzung.

Kommmissionsitzungen.

Warschau, 20. März. (P. A. T.)

Die Verpflegungskommission unter dem Vorsitz des Abg. Mierzejewski prüfte im Beisein des Vizepräsidenten Madnick den Antrag der Abgeordneten Putel, Misiolek und Geronoff betreffend die Ungültigkeitserklärung des Vertrags über die Lieferung von Lebensmitteln aus dem Posenen nach Deutschland. Es ist festgestellt worden, daß ein derartiger Vertrag nicht abgeschlossen worden war, daß die Provinz Posen den ganzen Lebensbedarf an Getreide und Kartoffeln nach Galizien, den früheren Kongreßpolen und in die Grenzgebiete schickte. Angesichts dessen beschloß die Kommission, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Die Finanz- und Budgetkommission nahm unter dem Vorsitz des Abg. Głombinski im Beisein des Finanzministers Englich den Gesetzesentwurf über die Abstempelung der Banknoten und den Umtausch eines Teils der Banknoten auf Scheine der Staatsanleihe an und ernannte Dr. Adam zum Referenten im Plenum. Die Kommission erledigte außerdem das Projekt eines Gesetzes über die Uebernahme der Finanzverwaltung im früheren Österreichischen Teil durch das Finanzministerium. Zum Referenten wurde Abg. Diamond berufen.

Die Heereskommission unter dem Vorsitz von Anus hatte heute in Anwesenheit des Vertreters des Chefs des Generalstabes Oberst Galler, des Obersten des Generalstabs Malczewski und des Obersten im Ministerium für Heeresangelegenheiten Szpakowski eine Versammlung. Der Antrag auf Schaffung eines Kriegsrates erlangte bei der Abstimmung keine Mehrheit. Hierauf beschloß die Kommission, aus ihrer Mitte eine Unterkommission zur Untersuchung der Verhältnisse in der Armee und an der Front zu entsenden.

Die Unterrichtscommission unter dem Vorsitz Dr. Bardels hielt heute Beratungen über das Dekret betreffs der Rechte und der Befolgung der Lehrer an den Volksschulen ab. Die Kommission nahm einen Antrag an, wonach die ständigen wie auch die zeitweiligen Lehrer Wohnung und Heizung erhalten sollen.

Die Landwirtschaftliche Kommission unter dem Vorsitz des Abg. Witos beriet in Anwesenheit des Leiters der Abteilung für Agrarreformen Ołowiec und des Direktors Stępczyński über das Statut der Agrarbank. Die Diskussion ergab einen Widerspruch in den Ansichten, da die Vertreter einiger Gruppen die Behandlung der gesamten Agrarfrage vor Durchsicht des Statuts der Bank forderten. Sie gehen hierbei von der Annahme aus, daß die Bank in ihrer Tätigkeit sich der Art der Lösung der Agrarfrage anpassen müsse.

Die Kommission für den Wiederaufbau hielt unter dem Vorsitz Kędziorski und in Anwesenheit des Ministers Pruchnik eine Beratung über die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz vom 28. Februar betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit Bau- und Brennholz ab. Die Verordnung enthält eine Bestimmung gegen die Fällung von Privatwäldern. Diese Verordnung stieß in der Kommission auf Kritik und es wurde ein Unterkomitee aus 5 Mitgliedern gewählt, das gemeinsam mit den Vertretern der interessierten Ministerien diese Bestimmung abändern sollen.

Um Polens Westgrenzen.

Paris, 21. März. (P. A. T.)

Die letzte Sitzung des Obersten Rats der Verbündeten war dem Bericht der Kommission für Fragen Polens und der Debatte über diesen Bericht gewidmet, der von dem Rat einstimmig angenommen wurde. Der Beschluß der Kommission lautet dahin, im Sinne des Nationalitäts-Grundsatzes, aus Polen einen lebensfähigen Staat zu machen, trotz aller Mängel, die aus der Konföderation des Gebiets entstehen könnten. Polen ist im Westen zur Hälfte von den Deutschen umgeben. Es ist also notwendig, daß es nationale Unabhängigkeit und einen unabhängigen Zugang zum Meere haben muß. Unter diesen Bedingungen ist es unmöglich, die Grenzen des Staates, der aufgebaut werden soll, ohne Eingverleibung einer deutschen Nationalität zu ziehen. Die Deutschen wurden von der deutschen Regierung in der Ostmark absichtlich angezogen.

Lloyd George bemerkte, daß unter diesen Umständen keine Gründe zum Entstehen einer deutschen Irredenta vorhanden seien. Diese Bemerkung bezog sich hauptsächlich auf die Gebiete östlich der Weichsel, wo Deutsche in ziemlich bedeutender Anzahl wohnen. Das Projekt der Kommission erkennt Polen in Wirklichkeit Grenzen zu, die sich von der Grenze vom Jahre 1772 wenig unterscheiden. Sie erkennt ihm den Zugang zum Baltischen Meer vermittelt eines langen Streifens zu, der sich auf beiden Weichselufern bis nach Danzig hinzieht. Der englische Premier hob hervor, daß die Möglichkeit, die Weichsel und zwei Eisenbahnlinien von Danzig nach Thorn und Warschau zu benutzen, zur Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Polens vielleicht ausreichend sein würde. Die Kommission wird auf dieser Grundlage bis Freitag einen Bericht ausarbeiten unter Berücksichtigung der während der ersten Besprechung dieses Projektes gemachten Bemerkungen. Die Entscheidung wird wahrscheinlich in Kürze fallen.

Das Wolffbüro meldet aus Berlin: Marschall Foch ließ den Deutschen eine Note unterbreiten, in der für die Mitglieder der internationalen Kommission in Polen Beweisungsfrist auf dem ganzen deutschen Gebiet östlich der Weichsel gefordert wird. Der Vorsitzende der deutschen Kommission fragte, ob diese Kommission nur die Provinz Posen und Kongreßpolen bereisen oder auch nach Ost- und Westpreußen fahren werde. General Noudant antwortete, er sei nicht der Meinung, daß die Note Fochs in diesem Sinne gehalten sei, daß die erwähnte Mission nach Ost- und Westpreußen fahre. Seiner Meinung nach wüßte die Delegation nur das Stück Land zu bereisen, das östlich der Weichsel liegt. Dieses Land soll den Korridor bilden, der Polen mit dem Meere verbindet. General Hammerstein bat um nähere Aufklärung in dieser Angelegenheit.

Posen, 21. März. (P. A. T.) Alle deutschen Blätter schreiben die Schuld am Abbruch der Verhandlungen in Posen der interalliierten Mission zu.

Wien, 21. März. (P. A. T.) Das Korrespondenzbüro meldet aus Berlin: Das Wolffbüro gibt bekannt, daß übereinstimmend mit dem

Die Friedensbedingungen werden am 5. April überreicht.
Wien, 21. März. (P. A. T.) Die „Freie Presse“ meldet aus Genf, daß eine hiesige amtliche Note des französischen Ministeriums für Auswärtigen angeblich für den 5. April die Ueberreichung der Friedensbedingungen an den Vertreter der deutschen Regierung angekündigt habe.

